



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für konstitutionelle Fragen

2011/2157(INI)

25.10.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik
(2011/2157(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Andrew Duff

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen ersucht den federführenden Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unterstützt die Zusammenführung vorher getrennter Teilbereiche der Außenpolitik und der Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der ENP; erhofft sich ein gestärktes Netz institutioneller Vorkehrungen, das stabil, wirtschaftlich und eigens zur Entwicklung engerer wirtschaftlicher Integration und politischer Assoziierung zwischen allen Beteiligten konzipiert ist, und nicht zuletzt eine Angleichung der Werte innerhalb aller internationalen Foren, insbesondere auf der Ebene der Vereinten Nationen, mit den Werten der Europäischen Union umfasst;
2. hält es für notwendig, die ENP zu dezentralisieren, damit die Gesellschaften in den betroffenen Ländern stärker eingebunden werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Zusage der Kommission, mit Hilfe von Instrumenten wie beispielsweise der Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft Partnerschaften mit den Gesellschaften aufzubauen;
3. begrüßt die Absicht der Kommission, Doppelarbeit zu vermeiden, sich im Rahmen der multilateralen Foren der ENP auf strategische Fragen zu konzentrieren und subregionale und bilaterale Kontakte für spezifische Investitionsvorhaben und Kooperationsprogramme zu nutzen; fordert eine bessere Nutzung der bestehenden Finanzierungsinstrumente, um deren Effizienz zu optimieren; hält es für wichtig, im Großraum Mittelmeer effektive Partnerschaften auf der Ebene unterhalb der Regionen aufzubauen und im Rahmen der östlichen Partnerschaft mit ähnlichen Bemühungen fortzufahren;
4. nimmt die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Projekt der Union für den Mittelmeerraum zur Kenntnis, und räumt ein, dass diese ihre Aufgabe bisher nicht erfüllt und auch nicht dazu beigetragen hat, die Zusammenarbeit im Großraum Mittelmeer zu verbessern; unterstützt den derzeitigen Prozess, mit dem die Union neu belebt werden soll und weist gleichzeitig mit Nachdruck darauf hin, dass sie bei dem Prozess der Demokratisierung, der am südlichen Ufer des Mittelmeers begonnen hat, eine wichtige Rolle spielen sollte; ist der Auffassung, dass dieser Prozess die allergrößte Aufmerksamkeit und das uneingeschränkte Engagement der Union erfordern und auch Maßnahmen zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit umfassen sollte; fordert daher, dass die vorhandenen Strukturen für die regionale Zusammenarbeit überprüft und den Erfordernissen, die sich aus der neuen Situation ergeben, angepasst werden, wobei das gesamte Potenzial des EAD ausgeschöpft werden sollte; besteht insbesondere auf einer vollständigen Einbindung der europäischen Seite der Partnerschaft in den konventionellen EU-Rahmen unter Leitung der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und des Europäischen Auswärtigen Dienstes;
5. weist mit Nachdruck darauf hin, dass die parlamentarische Dimension trotz der damit verbundenen Herausforderungen nach wie vor eine sehr wichtige Komponente der ENP ist, zumal dadurch sowohl der Austausch von Erfahrungen als auch der Meinungsaustausch erleichtert werden, die für den Parlamentarismus in den betroffenen

Ländern beide gleich wichtig sind; empfiehlt, dass die praktischen Vorkehrungen für Euronest und die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer systematisch bewertet werden, damit sie wann immer dies möglich ist, verbessert werden können, um zu gewährleisten, dass diese Dimension angemessen funktioniert;

6. begrüßt, dass in jüngster Zeit der umfassende Aufbau von Institutionen im Mittelpunkt der ENP steht; würde eine größere Klarheit in Bezug auf Inhalt und Bedeutung der Differenzierung zwischen den ENP-Staaten, was die Kategorie der Statusverbesserung betrifft, begrüßen;
7. empfiehlt eine klare Trennung zwischen den jeweiligen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Funktionen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte und dem Europäischen Fonds für Demokratie, die sich gegenseitig ergänzen sollten; hält es für notwendig, dass die EU pluralistische Bürgergesellschaften, in der auch demokratische politische Parteien zu Hause sind, die zur Entwicklung einer tiefen, stabilen und säkularen Demokratie beitragen sollen, rasch und mit flexiblen Methoden unterstützt;

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.10.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 15 -: 1 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Andrew Henry William Brons, Carlo Casini, Andrew Duff, Roberto Gualtieri, Zita Gurmai, Stanimir Ilchev, Constance Le Grip, David Martin, Paulo Rangel, György Schöpflin, József Szájer, Rafał Trzaskowski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Sandrine Bélier, Zuzana Brzobohatá, Marietta Giannakou, Helmut Scholz, Alexandra Thein